



Betriebszeitung des  
Gewerkschaftlichen Linksblocks  
in der Gewerkschaft  
der Gemeindebediensteten



# *Gemeinde-Forum*

Ausgabe: 2/2005

*Bericht aus dem Wiener Vorstand*



→ nachzulesen auf Seite 2

*Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-*



**KAV -**  
*Keine Vorschußlorbeeren für  
GD Dr. Marhold*

→ Seite 2/3

*Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeine-Fo*



**KTH -**  
*Verpflichtende Deutschkurse*

→ auf Seite 3

*Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeine-Fo*

**Jörg Haider -**  
*und wie es vorerst weitergeht*



→ mehr dazu auf Seite 4

## Bericht aus dem Wiener Vorstand



**Gehaltsverhandlungen** – da mit der Regierung in einigen Punkten keine Einigung erzielt werden konnte, werden die Gehaltsverhandlungen 2006 nicht wie geplant im Frühjahr stattfinden, sondern wie üblich im Herbst 2005.

### Arbeitsgruppe - Schwerstarbeiterregelung

Der GLB, vertreten durch Kollegen Böhm-Raffay, sieht diese Arbeitsgruppe als eine der wichtigsten für die nächsten Jahre an.

Bedingt durch die von der Wiener Landesregierung (SPÖ) beschlossene Pensionsreform, wird es für alle Gemeindebediensteten von großer Bedeutung sein, welche Berufsgruppe bzw. welches Tätigkeitsfeld unter die Schwerstarbeiterregelung fällt, um auch in Zukunft die Möglichkeit zu haben, vor dem Regelpensionsalter von 65, mit geringeren Abschlägen in den Ruhestand gehen zu können!

In der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe wurde vereinbart in zwei Schritten vorzugehen, altersgerechte Arbeitswelt und Schwerstarbeiterregelung.

Beginnend mit dem Schwerpunkt altersgerechte Arbeitswelt, sollen in den nächsten Monaten die Bandbreite der

Erschwernisse eruiert werden, -Hauptgruppenspezifisch und nach Tätigkeitsfeld.

Auch sollen verschiedenste Altersarbeitsmodelle in der EU begutachtet werden. Diese reichen von kürzerer Arbeitszeit bis zu Gesundheitstagen ab einen festzulegenden Alter.

In der zweiten Phase werden wir Vorschläge erarbeiten, welche Gruppen zukünftig unter den Begriff Schwerstarbeiter fallen, - hier sollen sämtliche Erschwernisse berücksichtigt werden wie z.B. Stress, schwere körperliche Arbeit, Nacharbeit, Hitze/Kälte, unregelmäßige Arbeitszeiten usw.

### PV-, BR-, und Gewerkschaftswahlen –

Der Wahltermin wurde mit 5. Mai 2006 festgelegt.

Briefwahl – Seit der letzten Wahl haben unsere Pensionisten die Möglichkeit mittels Briefwahl zu wählen, diese Möglichkeit soll nun auch auf andere Hauptgruppen ausgeweitet werden. Es soll ein „kann“ Passus eingeführt werden, die Entscheidung darüber hat der jeweilige Wahlausschuss.

*Roman Böhm - Raffay*

*Mitglied des Wiener Vorstandes/Zentralvorstandes*

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum

## Keine Vorschußlorbeeren für GD Dr. Marhold

Nun ist es auch schon wieder ein kleines Weilchen her, daß der neue Generaldirektor des KAV, Dr. Marhold, das Wilhelminenspital besuchte.

Im gut gefüllten Festsaal stellte er sein Team vor und umriß, begleitet von kleinen technischen Pan-

nen, seine Vorstellungen über die künftige Entwicklung des Krankenanstaltenverbundes.



Dr. Marhold erläuterte eine Reihe von organisatorischen Änderungen im medizinischen und pflegerischen Arbeitsablauf und erwähnte die Einführung neuer Arbeitszeitmodelle, die auch Erleichterungen für die Bediensteten bringen sollen. Dabei ist

ihm die gute Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft und der Personalvertretung ein besonderes Anliegen.

Er wies auf die bereits erfolgte Umstrukturierung der Generaldirektion hin, bestätigte die Absicht, im Norden Wiens ein neues Krankenhaus zu errichten und konkretisierte einige von ihm geplante Sparmaßnahmen. So soll etwa künftig an Wochenenden und Feiertagen die medizinische Versorgung im Akutbereich gestrafft werden, bestimmte Stationen sollen nur an Wochentagen zur Verfügung stehen und das Modell der Tageskliniken soll verstärkt ausgebaut werden.

Bezüglich der Verwendung der dem KAV zur Verfügung stehenden Budgetmittel hob Dr. Marhold besonders hervor, daß erhebliche Beträge in die Behebung baulicher Mängel und die Sanierung des bestehenden Altbaubestandes fließen werden.

Abzuwarten bleibt, was Dr. Marhold damit meinte, als er erwähnte, eine der Abteilungen der Generaldirektion wird dafür zuständig sein zu entscheiden, welche Krankenhäuser medizinische Schwerpunkte bilden werden und welche nicht, und welche Aufgaben eventuell von Privaten durchgeführt werden können. Speziell die Erwähnung von Privaten (Krankenhäusern, Anbietern oder was auch immer) läßt bei mir die GATS-Alarmglocken läuten. Ob zu Recht oder zu Unrecht wird sich hoffentlich rechtzeitig herausstellen.

Natürlich wird der neue GD die großen Probleme des Gesundheitswesens wie z. B. die effiziente Vernetzung des Spitalswesens mit dem Bereich der niedergelassenen Ärzte, den übergroßen einfluß der Pharma-Industrie oder die Problematik der Gesundheitsvorsorge nicht im Alleingang lösen können.

Aber mein ganz persönlicher Eindruck von ihm ist, daß der Mann nicht nur tut was er kann, sondern auch kann, was er tut.

Im Gegensatz zu anderen Fraktionen wird der GLB dem neuen Generaldirektor weder Vorschußlorbeeren streuen, noch seine Qualitäten von vornherein in Zweifel ziehen. Der Mann verdient eine faire Chance. Hoffen wir, daß er sie nützen wird,

meint Euer  
Gerhard Haupt

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum

## KTH - Verpflichtende Deutschkurse

Es war im Radio zu hören: „PISA (...) verpflichtende Deutschkurse (...)“.

Man kann über vieles diskutieren, auch darüber, die nicht deutschsprachigen Kinder besser und gezielter zu unterstützen.

In unserem Kindertagesheimen und in den mir näher bekannten passiert dies allerdings schon jahrelang. Für die Kolleginnen gehört das zum „täglichen Brot“.

In Wien scheint es der Wille der Politiker zu sein, sprachliche Förderung für Kinder (im Vorschulalter) mit nichtdeutscher Muttersprache dem Kindertagesheimwesen und nicht der Schule zu übertragen.

Damit sind wir schon einverstanden, da wir über die notwendige Infrastruktur und das „Know how“ verfügen. Allerdings kann dies nur im Rahmen unserer Bildungsarbeit, die wir tagtäglich leisten, passieren. Begleitendes Personal ist sicher notwendig, das heißt die personelle Struktur den erwartenden Schwierigkeiten anzupassen, wenn viele zusätzliche nichtdeutsch sprechende Kinder 1 bis 2 Jahre vor Schuleintritt die Kindertagesheime besuchen.



Ganz sicher aber dürfen auch nicht die Grundgedanken der Integration über Bord geworfen werden. Das heißt unter anderem einer ausgewogenen Mischung von Kindern nicht nur deutsch, sondern auch basale Kenntnisse vermitteln, dem Grundvertrauen Raum geben. Denn letztlich leben wir nicht nur mit dem Kopf, dieses Problem ist ganzheitlich zu lösen.

„Schenkt Bücher“, dröhnt es aus dem Radio. Auch unser sonst so schweigsamer Kanzler fühlte sich anlässlich der Pisa-Studienergebnisse bemüßigt, eine Äußerung abzusondern. Ein epochaler Vorschlag.

Ich habe die Idee übernommen und werde dem österreichischen Nationalteam das Werk „Hohe Fußballschule“ schenken. Herr Krankl wird es mir danken. Schließlich wollen wir 2008 Europameister werden.

So, genug des morgendlichen Frustes. Ich trinke den letzten Schluck Kaffee, drehe das Radio ab und werde in den Hort gehen. Denn trotz „Pisa“ werden wir heute nicht lernen, sondern eine kleine Wanderung unternehmen.

Euer **GLB** - TEAM

## BZÖ - Jörg Haider und wie es vorerst weiter geht!



Wenn man Jörg Haider heute so betrachtet, merkt man, er ist nicht mehr derselbe wie vor 5 Jahren! Wo bleibt er denn, der Strahlemann von einst? Herr und Frau Österreicher waren es gewohnt, Jörg Haider durch die österreichische Politlandschaft wüten zu sehen und dabei war ihm kein Scherz zu schlecht und kein Argument zu billig, um niedrigste Instinkte zu wecken und zu mobilisieren.

Der Kampf aber, den Jörg Haider zur Zeit führt, ist der Kampf um sein politisches Überleben. Als er 1986, Norbert Steger auf dem legendären Innsbrucker Parteitag wegputschte und die FPÖ von 4,98 % auf enorme 28 % katapultierte, zog er alle Register. Doch es ist leichter aus der Opposition heraus zu kläffen als Regierungsmitglied zu sein. Denn nun, nach 5 orientierungslosen Regierungsjahren, nachdem er dem besiegten Schüssel dazu verhalf Kanzler zu werden und der seinerseits den Kanzlermacher rigoros zur Seite fegte, kommt die FPÖ der 4 % Marke wieder wohlthuend nahe. Der Grund für den Absturz war sicher auch der, dass die wichtigsten Ministerien mit Schüssels Leuten besetzt wurden und loyale MitarbeiterInnen Haiders plötzlich erwachsen und aufmüpfig wurden. Die Rechnung für die Palastrevolte wurde Haider dann von den Wählern präsentiert – die FPÖ stürzte von einer Wahlniederlage in die nächste.

Dass Haider nun seinen totalen Untergang unter allen Umständen verhindern will, liegt auf der Hand und das zwingt ihn auch dazu, wieder einmal „wieder zu kommen“ – diesmal in „ORANGE“ mit der BZÖ – Bündnis Zukunft Österreich!

...und diesmal traut er sich wirklich! Damals beim Knittelfelder Putsch, als er die Gelegenheit hatte, machte er einen Rückzieher, weil Kärnten ja angeblich nicht auf ihn verzichten konnte. So weit so schön, plötzlich kann Haider Vorsitzender der

BZÖ und gleichzeitig Kärntner Landeshauptmann sein?

Dass Haider wie Phönix aus der Asche wiederaufstehen wird war klar und das „Wie“ kam nicht wirklich überraschend.

Fast wie in alten Zeiten fegte er seine ultrarechten Weggefährten und Zeitgenossen, die er groß werden liess, zur Seite, spaltete die FPÖ und versetzte ihr, aller Wahrscheinlichkeit nach, den Todesstoß!

Die FPÖ hat ihre Führungsriege verloren, Haubner, Gorbach, Scheibner und Haider erklärten ihren Austritt aus der FPÖ und die gleichzeitige Gründung der BZÖ.

Schwarz-Orange im Parlament?

Scheibner garantiert, dass die Mehrheit der schwarz - orangen Koalition im Parlament gesi-

chert sei.

Der Sesselkleber der Nation - Kanzler Schüssel - hat sich bis zu Neuwahlen eher unpräzise geäußert, aber er wäre damit gut beraten. Gewinnen kann er nichts mehr, das blau-orange Dilemma wurde auch von ihm mitverschuldet und scheint sein Schicksal zu sein.

Alles andere als Neuwahlen wäre ein Schlag in Gesicht der WählerInnen. Die BZÖ hat von der Bevölkerung keinen Auftrag bekommen und die Macht geht noch immer vom Volke aus. (Sie wird übrigens seit diesem Ausgang als vermisst gemeldet).

Der armselige Rest der FPÖ und auch die Neo-Orangen müssen erkennen, dass die Politik die gemacht wurde und wird von der Bevölkerung nicht mehr mitgetragen wird. Die Menschen haben großteils erkannt, dass diese Politik - im Gegensatz zum Wahlprogramm – voll zu Lasten von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und sozial Schwachen geht.



Da wird es auch für einen Jörg Haider sehr, sehr schwierig werden wieder eine gewisse Glaubwürdigkeit zu erlangen, da reicht das für Haider übliche Bierzelt- und Gemeindebaugeschlechte nicht mehr aus und die Zugkraft von damals kann er heute auch nicht mehr aufweisen, denn der unverbrauchte, jugendlich - telegene Strahlemann von einst existiert nicht mehr.

Diese Rolle wird von dem doch noch pubertären H.C. Strache besetzt.

Die Gefahr des Rechtsextremismus ist aber jetzt brisanter denn je. Die Linie der Rest - FPÖ (sofern es sie noch weiter geben wird) ist klar, Straches ausländergefeindliche Plakate zieren schon jetzt sämtliche Plakatwände in Wien.

Wie aber wird sich die BZÖ verhalten?

*Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum*

## **KHG – Wird Steuerhinterziehung salonfähig?!**

Wie geht es einem Finanzminister, der sich von der Wirtschaft subventionieren lässt?

Anscheinend hervorragend, denn sein Statement dazu war: „Die Gerechtigkeit hat gesiegt“!

Karl Heinz Grassler feiert diese Tage die Einstellung seines Finanzstrafverfahrens und mit ihm feierte sicher auch Wolfgang Schüssel, der sich eisern und verbissen hinter seinem Finanzminister stellte. Jetzt stellt man sich natürlich ganz still die Frage, ob die Einstellung des Verfahrens etwas mit unserem schwarzen Justizministerium zu tun hatte? Interessant wäre es zu wissen, wie die Justiz mit Otto Normalverbraucher in so einem Fall verfahren würde? Nichts, was sich Grassler bisher leistete, konnte

Schüssel aus der Reserve locken, egal ob es sich um den nicht gemeldeten Aktienbesitz, den Malediven“urlaub“, die Homepageaffäre, sein respektloses Auftreten in der Öffentlichkeit usw. ...handelt.

Ein Rücktritt Grasslers ist mehr als überfällig! Anscheinend ist für unsere Politiker das ganze Jahr Fasching, denn sie machen was sie wollen und haben absolute Narrenfreiheit.

Schüssel wird sich hüten auch nur ein lautes Wort zu sagen, denn die Nationalratswahlen stehen vor der Tür und verbissen wird er seinen Stuhl bis zuletzt verteidigen. Die Wahlzuckerln werden auch schon fleißig (um)verteilt, in seiner 6. Budgetrede kündigte Grassler kein neues Sparpaket für 2008 mehr an und gleichzeitig eine neue Steuer-

Diese Frage ist leicht zu beantworten: das Naheverhältnis zwischen Jörg Haider und Frank Stronach zeigt deutlich, wem der austro-kanadische Möchtegern-Napoleon in Zukunft Gunst und Geld zukommen lassen wird. Das BZÖ wird also im Prinzip das fortsetzen, was seinerzeit Heide Schmidt schon mit dem Liberalen Forum vorhatte: eine neoliberale, brutalkapitalistische Ausbeuterpolitik nach amerikanischem Muster.

Natürlich unter dem sattsam bekannten Motto: „Die Tüchtigen und Anständigen sollen belohnt werden“.

Dazu kommt noch ein bisschen Schrebergartenpatriotismus der Marke „Staberl“ und recht viel Heimatgesülze.

Aber auch das ist ja nix Neues.

**Doris Grössinger**

reform (Senkung der Lohnnebenkosten, weniger Belastung für die kleinen und mittleren Einkommen) an.

Wahrscheinlich hält der gute Karl Heinz alle für blöd, denn von hinten herum greift er uns immer wieder in die Tasche.

Energiekosten und Mieten wurden erhöht, Tabaksteuer, Road Pricing, Vignette, motorbez. Versicherungssteuer usw.....



Tatsache ist, dass wir, seit wir am 4. 2. 2000 erstmalig und ungewollt mit einer schwarz-blauen Regierung beglückt wurden, jeden Cent 10mal umdrehen müssen. Durch diesen Kaufkraftverlust der Bevölkerung leidet natürlich die Wirtschaft, Arbeitsplätze werden abgebaut und ganze Konzerne in den Osten verlagert, es gibt keine neuen Jobs und somit steigt die Arbeitslosigkeit.

Die Menschen haben Angst vor der Zukunft, Angst davor wie die eigene Situation in wenigen Jahren ist, Angst davor krank zu werden und sich keinen Arzt leisten können, Angst den Kindern keine spezielle Bildung mehr zukommen lassen zu können, usw...

Ich glaube aber nicht, dass sich auf Perspektive etwas ändern wird, den angesichts einer ohnmächtigen FP/BZÖ und einer schwachen SPÖ kann der Kanzler auf eine dritte Periode am Ballhausplatz hoffen, leider!

**Doris Grössinger**



## Die Wiener Stadtverwaltung im Wandel der Zeit

Gastkommentar von Dieter Ludwig

Auch wenn man es uns noch so oft vorsagt: eine Stadtverwaltung ist m. E. eine Stadtverwaltung und ein Dienstleistungskonzern ist ein Dienstleistungskonzern. Die Stadt Wien hat vielmehr im Laufe ihrer Geschichte 'zum Wohle ihrer Bürger' Aufgaben übernommen, in denen es zuvor zu himmelschreienden Mißständen gekommen war. (Die 'klassischen' Beispiele Tramway, Bestattung, Wohnen, Alters- und Krankenversorgung, dazu Schulen usw.).

Hierbei handelt es sich um Aufgaben, in denen Werte wie Rechtssicherheit, Menschenwürde oder Versorgungsgerechtigkeit bei den Grundbedürfnissen an vorderster Stelle zu finden sind. Es geht also um Aufgaben/Dienste am Menschen in der Gemeinschaft, die bestmöglich, aber auch sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig zu erfüllen sind.

Die unglückliche Entwicklung, die wir heute alle bereits spüren und die sich in den hier mitgeteilten beruflichen Erfahrungen manifestiert, nahm ihren Anfang, so meine ich, mit der internationalen Anhäufung von Vermögen, das nur noch der Spekulation diene und dem daraus resultierenden Druck auf die politische Kaste international. Mit dem unglückseligen Beschluß zur Deregulierung der Kapital- und Finanzmärkte haben sich die sog. 'westlichen' Regierungen nun für viele Jahre selbst unter enormen Druck gebracht. Schließlich ist es damit möglich geworden, jede Art von Produktionsbetrieb binnen kürzester Zeit in Niedriglohnländer auszulagern und vor allem das Kapital dazu.

Daraus folgte mit kurzer Verzögerung ein überhitzter Markt von Spekulationsgeldern aller Art und ein massiver Druck auf die Lohnkosten weltweit, was wiederum ein stagnierendes

Steueraufkommen und höhere Arbeitslosigkeit zur Folge hatte und plötzlich - jetzt sind wir wieder bei unserer Situation- zu der Erkenntnis führte, dass die Staats- und Kommundialdiener eigentlich recht gut bezahlt sind und die früher belächelte Pragmatisierung bereits als Wert für sich gehandelt werden sollte.

Nachdem also die meisten Regierungen über den Tisch gezogen worden sind (wer aller hatte damals die Deregulierung mitgetragen, ohne deren Folgen auch nur im geringsten zu erahnen), ist man vor allem bemüht, den Irrtum zunächst einmal **nicht** rückgängig zu machen.

Sondern man erhöht zunächst einmal die Schlagzahl für alle Berufe, womit auch der leistungswillige Beamte geboren wurde. Dann suchte und fand man weitere Einsparungsmöglichkeiten, wie die Reduzierung von Aufgaben und Dienstposten.

Danach folgt das System der vielen kleinen Nadelstiche: An jeder noch so kleinen Bestimmung wird eine Viertelendung zurück gemacht, Berechnungstichtage vom Monatsersten auf den Monatsletzten oder gar um ein Quartal verlegt, Vorrückungen hinausgeschoben, Berechnungskennzahlen modifiziert, Nebengebühren in Frage gestellt. Dieses natürlich mit den Mitteln der Hierarchie, also ist klar, wer als erster die Verluste zu übernehmen hat.

Parallel dazu erfolgt die 'Auslagerung' verschiedener Bereiche, von denen manche zugegebenermaßen ein bißchen starr mit den Jahrzehnten geworden sind. Ich will mich nicht lange damit aufhalten, Beispiele weiß jeder. Aber nachdem die Sache nun mal in Bewegung geraten ist, gießt man gleich das Kind mit dem Bade aus. Ein bürgerlicher (!) Politiker hat es schon vor über 10 Jahren gesagt: Man verkauft das Familiensilber. Das Ver-

mögen der Republik wird verscherbelt. Nämlich an Private, die sich der Filetstückchen bedienen, wo sie Gewinn erwirtschaften können.

Unterm Strich bedeutet das: Die ursprüngliche Aufgabe der Gebietskörperschaft wird ausgehöhlt. Was macht ein privates Spital? Dort wird vorwiegend das operiert, was Geld einbringt. Dort werden Patienten zuvorkommend behandelt, die betucht sind usw.usf.

Konsequent gedacht: Der Mist bleibt für die Allgemeinheit übrig, die Kommunen werden damit noch defizitärer. Das als Resultat der Blödheit pur, mit der wir unsere sozialen und kulturellen Errungenschaften aufs Nachhaltigste zu zerstören bereit sind: Mehr privat, weniger Staat.

Das Ganze erfolgt unter fröhlicher Begeleitmusik oder unter geworfenen Nebeltöpfen und sonstigen künstlichen Aufregtheiten und Pseudo-Trara beim EU-Beitritt, bei der Ostöffnung, Milleniumsaufregung über abstürzende Computer, Euro-Propaganda, währenddessen Oligarchen und Spekulanten es in Kauf nehmen, dass Millionen Menschen (im Osten) weiter verarmen und in diesem Leben keine wirkliche Chance mehr haben. Und wenn nichts dagegen getan wird, ist in ein paar Jahren der Westen dran.

Was tut also unsere Gesellschaft/ Stadt sinnbildlich in dem Boot, das unterzugehen droht? Man erhöht zunächst die Schlagzahl. Wenn das nicht mehr hilft, schmeißt man die Schwächsten einfach raus. Danach baut man aus herumliegendem Material ein Floß, mit dem man einen Teil der Passagiere einfach aussetzt. Und kein Politiker findet ein passendes Wort dazu, von unseren Spitzenbeamten rede ich gar nicht mehr.

Dieter Ludwig

## Strukturbereinigung - Problemzone Europa

Jüngst hatte ich Gelegenheit, mich mit einem profunden Kenner betriebswirtschaftlicher Abläufe über den Neoliberalismus und die Globalisierung im allgemeinen und die WTO im besonderen zu unterhalten.

Seine Sicht der Dinge unterscheidet sich doch einigermaßen von allem, was ich bisher über diese Themen gehört oder gelesen habe, deshalb möchte ich sie auch hier zu Papier bringen:

Die Globalisierung, meinte mein Freund, ist kein Naturereignis wie z.B. ein Wirbelsturm oder eine Tsunami, sondern wird durchaus gezielt und einem streng betriebswirtschaftlichen Plan folgend, von der WTO \*) durchgeführt.

Für alle, die sich dafür interessieren, ist es kein Geheimnis, daß schon seit einigen Jahren dreistellige Milliardenbeträge jährlich in die indische und asiatische Wirtschaft (vorwiegend China aber auch Südkorea, Thailand usw.) gepumpt werden; gleichzeitig wird auch in einigen Staaten Afrikas und Südamerikas kräftig investiert – kurz gesagt überall dort, wo die Lohnkosten gering, die Steuern niedrig und Sozialsysteme sowie Arbeitnehmerorganisationen nicht wirklich vorhanden sind.

### **Und was ist mit Europa, fragte ich?**

Europa, gab er mir zu Antwort, wird langfristig strukturbereinigt.

Auf meine Bitte um nähere Erläuterung erklärte er folgendes:

Europa, so meinte er, ist eine Problemzone, und zwar aus mehreren Gründen:

- 1.) die meisten Staaten Europas verfügen über ein gutes aber kostenintensives soziales Netz;
- 2.) die Altersstruktur Europas ist im Vergleich zu Asien, Afrika und Südamerika eher problematisch;

- 3.) die Gewerkschaften sind in Europa traditionell stärker als überall anders;
- 4.) im Unterschied zu Asien gibt es in Europa erhebliche Mentalitätsunterschiede zwischen den einzelnen Staaten und
- 5.) ist auch die Sprachenvielfalt in Europa aus betriebswirtschaftlich Sicht ein Problem.

Aus der Sicht der WTO ist deshalb eine Strukturbereinigung erforderlich, wie sie auch von jeder anderen Konzernleitung in einem solchen Fall durchgeführt werden würde.

Natürlich ist die Angelegenheit wesentlich komplexer, wenn sie, wie hier, einen ganzen Kontinent betrifft; die grundsätzliche Vorgaben sind jedoch die gleichen:

Erst werden die Probleme eliminiert, dann wird eine neue und effiziente Struktur aufgebaut.

### **Wie hat man sich das vorzustellen?**

Europa wird soziologisch, wirtschaftlich, sozial und politisch destabilisiert. Die soziologische Phase steht kurz vor dem Abschluß.

Dazu folgendes:

Nach dem ersten Weltkrieg entstanden in Europa zwei Gesellschaftssysteme. Auf der einen Seite das westliche, das sich an den moralisch-ethischen Werten der christlichen Kirchen orientierte, auf der anderen Seite der Kommunismus.

Seit dem Ungarn-Aufstand 1956, spätestens jedoch seit dem Prager Frühling 1968 hat sich der Kommunismus sowjetischer Prägung selbst desavouiert und damit jede Relevanz verloren.

Auf der anderen Seite wurden seit Beginn der achtziger Jahre in großem Stil jene Forschungsergebnisse veröffentlicht, die den historischen Jesus in einem ganz anderen Licht zeigten als die Bibel.

Es wurde klar dargelegt, daß das Christentum ursprünglich keineswegs als Religion geplant war, sondern als

Soziallehre die mithelfen sollte, die römischen Besatzung der hebräischen Gebiete loszuwerden.

Damit wurde die Glaubwürdigkeit der christlichen Kirchen so stark erschüttert, daß nicht nur ein gewaltiger Mitgliederschwund einsetzte, sondern auch das moralisch-ethische Wertesystem über Bord geworfen wurde.

Somit haben wir nun folgende Situation: im Westen wird die amerikansiche Oberschicht, die man wohl kaum als offene Gesellschaftsform bezeichnen kann, von einem streng neopuritanischen Wertesystem dominiert, im Osten herrscht eine ebenso strenges islamisches Wertesystem.

Dazwischen liegt, in dieser Hinsicht völlig orientierungslos, Europa.

Dazu kommt, daß politisch extreme Gruppierungen (fast ausschließlich rechtsextremer Natur) jährlich mit enormen Beträgen von ihren Schwesterorganisationen in Südamerika und den USA unterstützt werden

Der vorerst letzte Schritt dieser Entwicklung ist der von der WTO vehement forcierte Beitritt der Türkei zu Europäischen Union. Damit wird Zentraleuropa endgültig zum Krisenherd.

Auch die wirtschaftliche und soziale Destabilisierung Europas hat schon begonnen.

Die unter dem Einfluß der WTO stehenden Großkonzerne (und andere gibt es nicht) sind längst dabei, ihre Produktionsstätten nach Indien, Asien und andere Billiglohnländer zu verlegen. Damit entsteht in Europa ein Arbeitslosenheer, wie in den dreißiger Jahren. Gleichzeitig sorgt die WTO dafür, daß die staatlichen Leistungen permanent reduziert werden. Davon betroffen ist nicht nur die Daseinsvorsorge (Stichwort Pensionen), sondern auch das Gesundheitswesen, der Bildungsbereich und die gesamte Grundversorgung.

Letztendlich ist auch die politische Destabilisierung Europas schon weit

